

3. Nachkriegszeit

3.1 Kriegsfolgen an der Veterinärmedizinischen Fakultät

3.1.1 Zustand der Gebäude und Einrichtungen

Vor dem Institut der Veterinärpathologie hatte sich eine Werferbatterie aufgebaut, die bald durch russische Flieger entdeckt wurde (Lerche, 1945).

Durch einen Großangriff im Mai 1944 war das Institut für Lebensmittelhygiene getroffen worden. Am 18. März 1945 brannten das Institut für Veterinärpathologie und ein großer Teil der Stallungen der Medizinischen Tierklinik völlig aus (Fröhner, 1950). Die Medizinische Tierklinik verlor ihr gesamtes Seitengebäude im damaligen Wert von rund 45.000,- RM. Monate später wurde mit Hilfe der in der genannten Tierklinik beschäftigten Tierpfleger Bauer und Mallow ein Verzeichnis erstellt, aus dem hervorgeht, daß der Umfang der Zerstörungen 76.526,50 RM betrug (Akte: 22, HUB Archiv) (Abb. 1).

Bereits einige Monate vorher war das alte Apothekengebäude an der Philipstraße einem Bombenangriff zum Opfer gefallen. Das Chemische Institut erlitt leichte Bombenschäden. Die ehemalige Heeresleherschmiede war gegen Ende des Krieges ebenfalls durch Fliegerbomben völlig vernichtet worden. Da die Fakultät wegen ihrer zentralen Lage bei der Eroberung Berlins bis zum 2. Mai 1945 unter Beschuß lag, entstanden zahlreiche Beschädigungen, insbesondere wurde der Rassestall völlig vernichtet und das historische "theatrum anatomicum" stark beschädigt (Fröhner, 1950) (Abb. 2)

In den außergewöhnlich schönen und warmen Maitagen des Jahres 1945 beschien die Sonne ein wahres Chaos von Trümmern und Ruinen (Koch, 1965).

"Das, was mühevoll im Laufe von Jahrzehnten aufgebaut und sorgfältig geordnet worden war, hatte man sinnlos ausgeplündert und vernichtet. Und doch sah ich die Lage nicht als verzweifelt und hoffnungslos an!" (Lerche, 1945)

Am 2. Mai 1945 drangen die Russen in das Gelände der Fakultät ein und besetzten es. Im Klinikteil quartierte sich ein russisches Pferdellazarett ein (Lerche, 1945).

In Dekanatsprotokollen wurden die Kosten der durch den Krieg entstandenen Sachschäden an Gebäuden und Ausstattungen der Fakultät mit 90.550,- RM beziffert. Davon wären für die bauliche Instandsetzung 59.500,- RM und für Sachwertausgaben 31.050,- RM notwendig gewesen (Akte: 22, HUB Archiv).

Verluste an Einrichtungen und Apparaten sind der Fakultät aber auch über sogenannte Besatzungsleistungen durch die Kriegssiegermacht Sowjetunion entstanden. Die eigentlich daraufhin auszustellenden Requisitionsscheine waren nicht im einzelnen beizubringen, sodaß im nachhinein die genaue Feststellung der Höhe dieser speziellen Verluste nicht mehr möglich ist (Abb. 3).

3.1.2 *Neuanfang*

3.1.2.1 *Belegschaft*

Zu den sogenannten "Aktivisten der ersten Stunde" gehörten Albin Nestler als Präparator, Siegfried Beyer als Tierpfleger und Fritz Lademann als Angestellter (Nestler, 1950).

Während der Eroberung Berlins oder kurz darauf hatte der Lehrkörper schwere Verluste in der Professorenschaft zu beklagen. Prof. Briegel, Nachfolger des Chemikers Schröter, war gestorben, ebenso der Physiologe und Dekan der Fakultät von 1941 bis 1945 Prof. W. Krzywanek. Die Professoren und ehemaligen Dekane der Fakultät Bierbaum und Gluschke starben bzw. begingen Selbstmord (Koch, 1965). Stang, Professor in der Tierzucht, starb bereits kurz vor Beendigung des Krieges (Fröhner, 1950).

Wissenschaftliche Arbeit konnte es zunächst nicht geben. Am Kriegsende war die Veterinärmedizinische Fakultät weitgehend zerstört. Ihre Kliniken versuchten sofort nach der Einnahme Berlins die Tätigkeit wieder aufzunehmen. Die Professoren beschränkten sich in den ersten Wochen nicht nur auf ihre eigentlichen Arbeiten, sondern mußten auch an Ort und Stelle bei praktischen Arbeiten des öfteren helfend einspringen (Wundram, 1946).

Unter der umsichtigen Leitung von Professor Johannes Dobberstein wurden die ersten Voraussetzungen geschaffen, damit auch das Fakultätsleben schnell wieder anlief. Ihm vor allem ist es zu danken, daß die Fakultät nicht noch mehr zerstört wurde. Es war ihm u.a. gelungen, die sowjetischen Soldaten zum Verlassen des Geländes zu bewegen um damit weiteren Artilleriebeschuß der Fakultät zu vermeiden.

Als Leiter der Fakultät "residierte" Professor Dobberstein im Restbau des Pathologischen Institutes unter primitivsten Verhältnissen. Seine Freunde schilderten diese Leistung mit den Worten: "Welch hochgemuter Entschluß dazu gehörte, nach dem Zusammenbruch im Frühjahr 1945 an den Wiederaufbau der Fakultät heranzugehen, das kann nur derjenige ermessen, der die Greul der Vernichtung und der Zerstörung damals im Hochschulgelände mit eigenen Augen gesehen hat. Es lag alles hoffnungslos darnieder; Gebäude waren ausgebrannt, Sammlungen verweht, Lehr- und Ausbildungsmaterial vernichtet. Mittel zur Instandsetzung und zum Neuaufbau waren nicht vorhanden" (Claassen u. Gonnermann, 1965).

An dieser Stelle ist besonders hervorzuheben, daß die Belegschaft in den Kriegs- und Nachkriegsjahren einen ganz bedeutenden Teil dazu beigetragen hat, die Veterinärmedizinische Fakultät in ihrem Bestande zu erhalten. Ihrem Opfermut, ihrer Einsatzbereitschaft und ihrem Aufbauwillen ist es zu verdanken, daß die Veterinärmedizinische Fakultät nicht in den Kriegswirren zugrunde gegangen ist. Alle faßten mit an, selbst die ältesten Kollegen halfen (Nestler, 1950).

Über die Mitarbeiter seines Institutes hielt Prof. Lerche in Aufzeichnungen fest: "Der Weg zum Institut und zurück zur Wohnung mußte von jedem Mitarbeiter im Fußmarsch zurückgelegt werden, weil alle Verkehrsmittel außer Betrieb waren. Bei den Riesenentfernungen der Großstadt waren dies ganz ungeheure körperliche Beanspruchungen, an die wir uns erst gewöhnen mußten. Auch wurde dadurch das Schuhwerk über die Maßen verbraucht, ein Verlust, den sich die wenigsten noch leisten konnten. Aus diesem Grunde arbeiteten wir zunächst nur jeden zweiten Tag. Später, als wir uns daran gewöhnt hatten, wurden die freien Tage immer seltener" (Lerche, 1945).

Zum Lehrkörper der Veterinärmedizinischen Fakultät gehörten derzeit folgende Personen:

Prof. Dr. Johannes Dobberstein	Dekan der Fakultät und Direktor des Institutes für Veterinär- Pathologie
Prof. Dr. Kurt Neumann-Kleinpaul	Direktor der Medizinischen Tierklinik
Prof. Dr. Martin Lerche	Direktor des Instituts für Lebensmittel- hygiene
Prof. Dr. Erich Silbersiepe	Direktor der Chirurgischen Tierklinik
Prof. Dr. Friedrich Müssemeier	Direktor des Institutes für Veterinärpolizei.

Als Assistenten waren anfangs tätig:

Dr. Herdin Achilles, Dr. Horst Bornemann, Max Dietrich, Werner Faupel, Dr. Klaus Fritzenwanker, Dr. Günther Godglück, Dr. Heinz Hellwig, Dr. Charlotte Jensen, Dr. Lieselotte Ogilvie, Dr. Helmut Scheunemann, Günter Subirge, Karl Taubitz (Anonym 1, 1946).

3.1.2.2 Wiederaufbau

Besonders in der Zeit des Zusammenbruches tat die Stammebelegschaft alles, um die Schäden der Kriegereignisse zu mindern oder abzuwenden. Sie schützte mit ihrem Einsatz, oft unter Lebensgefahr, ihre Arbeitsstätte. Sie war in steigendem Maße damit beschäftigt, Reparaturen an Fenstern, Türen, Dächern und Mobiliar vorzunehmen sowie bei Bombenangriffen Brände zu löschen. Später, nach dem Aussetzen der Wasserzufuhr, mußten für die vielen Großtiere unter ständigem Beschuß Unmengen von Wasser herangeschafft werden (Nestler, 1950).

“Es galt jetzt ein Leben von vorn zu beginnen. Jede Basis war unter den Füßen entglitten. Wollten wir nicht untergehen, so mußten wir unverdrossen zufassen und das alte Arbeitsfeld wieder aufbauen” (Lerche, 1945).

Die Dächer mußten neu gedeckt, Hörsäle brauchbar gemacht werden, um somit den Lehrbetrieb schnellstens wieder in Gang zu bringen. Außerdem waren Schuttberge zu beseitigen und Bombentrichter zu füllen (Nestler 1950).

“Unsere Arbeit bestand im Herausbringen von Schmutz, Schutt und Abfällen sowie im Ausfegen und Heranschaffen von Gegenständen und Apparaten aus den zugeteilten Instituten. Wochenlang hatten wir damit zu tun” (Lerche, 1945).

Um die anstehenden Aufgaben zu erfüllen, mußten die zerstörten Gebäude nach und nach wieder hergerichtet werden. Das frühere Heeresveterinäruntersuchungsamt wurde der Fakultät überlassen und nahm die Institute für Veterinärpathologie, Veterinärhygiene, Tierseuchen-therapie und das diesem angeschlossene Zentralkontrollinstitut für veterinäre Impfstoffe auf. Im Jahre 1945 wurde der Fakultät das Hauptgebäude entzogen und unterlag danach einer fakultätsfremden Nutzung (Fröhner, 1950): “Im Hauptgebäude unserer Fakultät hatte sich die russische Zentralkommandantur etabliert. Die dort befindlichen Russen erwiesen sich jedoch als recht hilfreich. Insbesondere zeigte sich der Leiter der Veterinärabteilung, Oberst Rogaleff, unseren Wünschen gegenüber sehr aufgeschlossen und war bemüht, uns nach besten Kräften zu unterstützen” (Lerche, 1967).

Bis zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung am 20. Januar 1946 mußte jedoch mit allen Kräften der größte Schaden behoben werden. Schon drei Wochen nach Kriegsende konnte von den fleißigen Aufbauhelfern der Fakultät die Bestandsaufnahme gemacht werden: Zur Benutzung behelfsmäßig wieder instand gesetzt waren Räume der Anatomie, Physiologie, Parasitologie, Hygiene, Chirurgie, Klinik für kleine Haustiere und das Hauptgebäude in der Luisenstraße (für kurze Zeit). Die anfallenden Arbeiten wurden zu dieser Zeit von 41 Personen bewältigt (Claassen und Gonnermann, 1965).

Im Herbst 1945 begannen intensive Vorbereitungen zur Neueröffnung der Lehrveranstaltungen. Am 27. Juni 1945 bat Professor Dobberstein den amtierenden Rektor der Universität um die Genehmigung zur Eröffnung eines Zwischensemesters. Es sollte am 15. Juli 1945 beginnen. Zu dieser Zeit hatten sich bereits acht Professoren und Dozenten sowie acht Assistenten zurückgemeldet. Dem Ersuchen konnte noch nicht stattgegeben werden, da es im Rahmen der Gesamtuniversität an Lehrpersonal mangelte. Die große Aktivität Professor Dobbersteins wurde aus dem Bemühen, die Lehr- und Forschungstätigkeit bereits im Sommer 1945 wieder in Gang zu bringen, deutlich (Claassen u. Gonnermann 1965).

Die Veterinärmedizinische Fakultät war eine der ersten Fakultäten der Universität, die für den Lehrbetrieb wieder bereit war. Die Fakultätsleitung berichtete, daß ab 30. Oktober 1945 der Hörsaal im Apothekengebäude für 50 Personen, der Hörsaal im Anatomischen Institut für 30 Personen und der Hörsaal im Physiologischen Institut für 30 Personen wieder benutzbar waren. Ein Raum für klinische Demonstrationen in der Poliklinik für kleine Haustiere, der 50 Personen Platz gab, kam noch hinzu.

Für etwa 50 bis 60 Studenten hatte die Bibliothek aus dem noch vorhandenen Buchbestand eine Leihbibliothek zusammengestellt. So waren Voraussetzungen geschaffen, die 50 bis 100 Studenten wieder eine Ausbildungsstätte gaben. Außer einigen klinischen Arbeiten und Einführungskursen fanden noch keine offiziellen Vorlesungen statt (Claassen u. Gonnermann, 1965). (Abb. 4)

Es waren etwa 60 Studentinnen und Studenten, die mit dem ersten Studiensemester begannen, klinische Semester belegten nur wenige. Zunächst war nur ein intakter Hörsaal vorhanden (Hellmann, 2003).

3.2 Aufbauarbeit im Nachkriegsdeutschland

3.2.1 Situation in der Landwirtschaft

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die landwirtschaftliche Produktion auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gegenüber dem Vorkriegsstand erheblich gesunken. Die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) war um 5% reduziert (um 340.000 ha). Auch der Viehbestand war geschrumpft. Die Rinderbestände entsprachen 65,7% der Bestände von 1939, es fehlten somit 900.000 Rinder. Mit 3,7 Millionen Schweinen waren nur noch 20,7% des Schweinebestandes von 1939 vorhanden. Ähnlich war die Lage bei anderen Tierarten.

Die ab Herbst 1945 anlaufende Bodenreform war die bedeutendste Umwälzung in der Landwirtschaft der SBZ und veränderte die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion grundlegend. Offiziell wurde die Bodenreform von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) initiiert und durch Verordnungen der neugegründeten Länder- und Provinzialverwaltungen mit Gesetzeskraft angeordnet. Am 2. September 1945 hielt Wilhelm Pieck (damaliger Vorsitzender der KPD) in Kyritz eine grundlegende Rede zur Bodenreform, in der die Forderung "Junkerland in Bauernhand" aufstellte.

In der "Verordnung der Provinzialverwaltung Sachsen über die demokratische Bodenreform" vom 3. September 1945 hieß es: "Das Ziel ist die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes und des Besitzes der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen und die Schaffung produktiver, gesunder Bauernwirtschaften. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung ist durch staatliche Landwirtschaftsbetriebe und Vergabe kleiner Parzellen zu verbessern." Es wurde der landwirtschaftliche Besitz über 100 ha entschädigungslos enteignet, ohne daß der Restbestand unterhalb dieser Größe beim bisherigen Besitzer verbleiben konnte. Vielen der enteigneten Bauern blieb darauf nur als Ausweg der Gang in den Westen. Sie ließen all ihr Hab und Gut zurück. Nur ein Drittel der enteigneten Betriebe wurde zu "Volkseigenen Gütern" erklärt. Die neuen Wirtschaften umfaßten nur je 7 bis 8 ha (Möller, 1988).

Inhaltlich gleiche Verordnungen erließen das Land Mecklenburg am 5. September 1945, die Provinz Mark Brandenburg am 6. September 1945 und die Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt am 10. September 1945. Bis zum 7. Februar 1946 waren 53.000 Betriebe mit insgesamt 2,6 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgeteilt.

3.2.2 *Situation in der Veterinärmedizin*

Da die Gefahr der Ausbreitung von Tierseuchen im zerstörten Berlin und die damit zusammenhängende Gefährdung von Menschenleben groß war, erhielt der Neuaufbau des Veterinärwesens eine Priorität. Ebenso dringend war im Interesse der Versorgung der Bevölkerung die Organisation der Lebensmittelhygiene.

Auf Initiative des sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin, Generaloberst Nikolai Bersarin, fand am 19. Mai 1945 die erste Dienstbesprechung der Berliner Tierärzte statt. Diese führte man im Hörsaal des Anatomischen Institutes der Veterinärmedizinischen Fakultät mit den in Berlin verbliebenen Professoren und Mitgliedern der Veterinärabteilung des damaligen Reichsgesundheitsamtes sowie zwei sowjetischen Veterinäroffizieren durch (Claassen u. Gonnermann, 1965).

Eine dringende Aufgabe war der Schutz der Bevölkerung vor der Tollwut, da eine große Anzahl mitgeführter Wehrmachtshunde bei starken Truppendurchzügen mit herrenlosen Hunden im Stadtgebiet ständig in Berührung kamen. Eine Hundesperre wurde daher Mitte Juli 1945 verhängt. Nachdem sich kein Seuchenfall mehr ereignete, konnte sie Mitte Oktober 1945 wieder aufgehoben werden. Weiterhin war die Ermittlung von Ausbrüchen der Rotzkrankheit vordringlich. Die klinische Untersuchung sämtlicher in Berlin vohandener Pferde mit anschließender Blutuntersuchung (Nachweis humoraler Antikörper von *Ps. mallei*) wurde bindend vorgeschrieben und durchgeführt. Gleichzeitig fand die Untersuchung auf Räude statt. Die Behandlung geschah zentral auf dem Klinikhof der Veterinärmedizinischen Fakultät, auf dem drei Räudezellen aufgestellt wurden (Wundram, 1946). Ebenso erfolgte eine Therapie der an Beschälseuche erkrankten Tiere in der Medizinischen Tierklinik (Schönwetter, 1948).

Infolge der verheerenden Zerstörungen der Fabriken bestand ein katastrophaler Arzneimittel- sowie Desinfizientienmangel (Wundram, 1946).

Ende Mai 1945 wurde auf Veranlassung des damaligen sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin das Veterinärwesen im Bereich des Stadtgebietes wieder eingerichtet. In der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft des Magistrats der Stadt Berlin wurde eine Sonderabteilung für Veterinärwesen geschaffen. Am 15. August 1945 überführte man diese Abteilung zur neugegründeten Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft für das sowjetisch besetzte Gebiet. Als im Oktober 1945 die Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen geschaffen wurde, gründete man ebenfalls eine Veterinärabteilung, um das gesamte Veterinärwesen in der Gesundheitsverwaltung zusammenzufassen. Die Tierseuchenbekämpfung, die Schlachttier- und Fleischschau, die tierärztliche Milchkontrolle am Orte der Gewinnung und die tierärztlichen Institute verblieben aber bei der Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft. Dagegen wurde die tierärztliche Lebensmittelüberwachung der Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen übertragen (Giese, 1946).

Das Veterinärwesen der Stadt Berlin wurde zum 30. September 1946 als wieder eingerichtet angesehen (Wundram, 1946).

Vom 14. bis 16. Oktober 1947 fand in Berlin die erste Interzonale Veterinärkonferenz statt. Nach mehreren vergeblichen Anläufen, mehr als zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes, durften die maßgeblichen Vertreter der deutschen Tierärzte aus allen Besatzungszonen zusammen an einem Tisch sitzen. Die Tagung war auf Anregung der Veterinärverwaltung der Ostzone mit Unterstützung der sowjetischen Militäradministration durch den Alliierten Kontrollrat einberufen worden. Von den Veterinärmedizinischen Fakultäten der Ostzone waren die Professoren Dobberstein, Lerche und Hemmert-Halswick vertreten.

Verhandlungspunkte dieser Interzonalen Veterinärkonferenz waren z.B.:

- einheitliche Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche
- Organisation und Wiederaufnahme der Bekämpfung der Rindertuberkulose und der Brucellose
- einheitliche Bekämpfung der Beschälseuche
- Organisation und einheitliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Sterilität
- veterinärpolizeiliche Maßnahmen beim interzonalen Tierverkehr
- der interzonale Handel mit Veterinärinstrumenten, Arzneimitteln und Biopräparaten.

(Ketz, 1947).

Zur Frage der Beförderungsmittel für Kreistierärzte und Tierärzte nahm man in folgender Form Stellung: "Zur Durchführung der Tierseuchenbekämpfung, der Tierbehandlung und der Schlachtier- und Fleischbeschau hält es die Interzonale Veterinärkonferenz für unbedingt erforderlich, daß den Kreistierärzten und Tierärzten die nötigen Beförderungsmittel wieder zur Verfügung gestellt werden. Die Aussprache hat ergeben, daß in allen Zonen ein empfindlicher Mangel an Motorfahrzeugen, Bereifung und Brennstoff besteht. Wenn diesem Mangel nicht wirksam abgeholfen wird, müssen die Tierseuchenbekämpfung, die Tierbehandlung und die geordnete Schlachtier- und Fleischbeschau zum Erliegen kommen".

Ferner wurden vom Kontrollrat in gewissen Abständen Zusammenkünfte der leitenden Veterinäre der Länder beschlossen. Diese sollten den Erfahrungsaustausch und die einheitliche Durchführung der für das ganze Reichsgebiet wichtigen veterinärmedizinischen und staatlichen Maßnahmen sicherstellen. Es wurde mit besonderer Zustimmung folgende Resolution an den Alliierten Kontrollrat weitergeleitet: "Die anlässlich der Interzonalen Veterinärkonferenz versammelten Tierärzte haben im Zusammenhang mit den Aussprachen über ihr Spezialgebiet auch zu den schweren Nöten unseres Volkes Stellung genommen. Sie haben ihre Bereitschaft bekundet, auch von Seiten der Veterinärmedizin nichts unversucht zu lassen, ihren Beitrag zur Gesundung des deutschen Volkes und zur Gesundung der deutschen Wirtschaft zu leisten. Dies ist jedoch nur möglich, wenn dem deutschen Volke möglichst bald eine einheitliche Vertretung gegeben wird, wozu eine der wesentlichsten Voraussetzungen ist, daß die Zonengrenzen fallen".

Der Wunsch, daß auch der Stadt Berlin - trotz aller Trümmer und Nöte - der frühere Ruf als Mittelpunkt für wissenschaftliche Tagungen und als Hauptstadt Deutschlands erhalten bleiben wird, kam ebenfalls deutlich zum Ausdruck (Ketz, 1947).

3.2.3 *Zur politischen Lage*

3.2.3.1 Die Sowjetische Besatzungszone

Am 21. April 1946 entstand die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) aus der Zwangsvereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Die Berliner Akademie der Wissenschaften nahm am 1. Juli 1946 ihre Arbeit wieder auf (Anonym 1, 1985).

Aufgrund des Befehls des Kommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin, Generaloberst Koliwow, war die Wiederherstellung der Universität Berlin und der Deutschen Akademie der Wissenschaften bis zum August 1948 beendet. Durch den Kommandanten wurden die erforderlichen Baumaterialien zur Verfügung gestellt (Anonym 5, 1947).

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) wurde am 7. Oktober 1949 (nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland -BRD: am 23. Mai 1949), ausgerufen und die Staatsordnung als "antifaschistisch- demokratisch" bezeichnet. In der Sowjetischen Besatzungszone begann die sozialistische Planwirtschaft mit dem für die zweite Jahreshälfte 1948 entworfenen ersten Halbjahresplan. Für die beiden folgenden Jahre wurde ein Zweijahresplan erarbeitet, dem dann 1951 der erste Fünfjahrplan folgte.

3.2.3.2 Die Westzonen Deutschlands

Die Amerikanische Militärregierung konstituierte am 19. September 1945 die Länder Bayern, Württemberg - Baden und Groß - Hessen (ab 23. Januar 1947 folgte das Land Bremen als Enklave) als ihr Besatzungsgebiet. Die Länder Nordrhein - Westfalen, Schleswig - Holstein und Hannover (am 1. November 1946 mit Schaumburg - Lippe zum Land Niedersachsen zusammengefaßt) bildeten die Britische Besatzungszone (Lehmann, 1989).

Mit Jahresbeginn 1947 wurde die Bi- Zone von den britischen und amerikanischen Besatzungsmächten zur Errichtung der Wirtschaft, der Ernährung und Landwirtschaft, des Finanz-, Post- und Fernmeldewesens und des Verkehrs geschaffen. Hierzu entstanden Verwaltungsräte und -ämter. Die Ministerpräsidenten der beiden Zonen errichteten einen "Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet". Gleichzeitig vollzog sich die Erweiterung zur Tri- Zone, in die das französische Besatzungsgebiet (ab 30. August 1946 das Land Rheinland - Pfalz umfassend, Lehmann, 1989) mit einbezogen war (Timmermann, 1984).

Am 24. April 1949 schlossen sich die wissenschaftlichen Hochschulen freiwillig in der Westdeutschen Rektorenkonferenz zusammen. Sie plante und koordinierte gemeinsame hochschulpolitische Aufgaben und trat als Sprecher der Hochschulen in der Öffentlichkeit gegenüber dem Staat auf (Lehmann, 1989).

Das vom Parlamentarischen Rat, der von den Ministerpräsidenten der Länder berufenen verfassungsgebenden Versammlung, erarbeitete Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland trat mit 53 zu 12 Stimmen (Turner, 1989) am 24. Mai 1949 in Kraft (Timmermann, 1984).

Im Grundgesetz der BRD wurde festgehalten, daß die öffentlichen Angelegenheiten unter die Entscheidungsbefugnis der Länder fallen, außer wenn sich die jeweiligen Angelegenheiten auch auf andere Länder erstreckten. Das Erziehungswesen einschließlich Hochschulen beispielsweise fiel in die Zuständigkeit der Bundesländer. Hatten jedoch diesbezügliche Gesetze indirekte Folgen für die ganze Bundesrepublik, so konnte der Bund der Länder entscheiden (Turner, 1989).

3.2.4 *Das Hochschulwesen der Nachkriegszeit*

In den letzten Maiwochen 1945 nahm die "Abteilung Wissenschaft und Hochschulen" beim Magistrat von Großberlin ihre Arbeit auf. Ab 2. Juni 1945 bereitete der "Leitende Ausschuß für Hochschulfragen" beim Magistrat die Wiedereröffnung der Berliner Universität mit vor. Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 zum Aufbau eines antifaschistisch- demokratischen Deutschlands hieß es:

- Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes,
- Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rassen vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses,
- Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat,
- Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten sowie
- Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

Die Studentenschaft der Berliner Universität stellte dazu fest, daß "der Vorwurf der Kollektivschuld im einzelnen Menschen das Bewußtsein der Minderwertigkeit hervorruft und ihn hemmt, am Aufbau mitzuarbeiten." Ferner lehnten sie das Prinzip ab, nach dem Kinder und Verwandte von Nazis Benachteiligungen erfahren sollten.

"Keine Reform darf die Freizügigkeit von Schule und Hochschule behindern. Es darf in Zukunft keine Reform des Erziehungswesens stattfinden, wenn sie nicht vorher von einer Konferenz aller deutschen Kultusminister für ein gesamtdeutsches Erziehungssystem als tragbar bezeichnet wird. Darüber hinaus fordert die Studentenschaft baldmögliche Angleichung aller bisherigen Maßnahmen nach gesamtdeutschen Gesichtspunkten" (Anonym 2, 1948).

Eine entsprechende Auslese unter den Studienbewerbern erfolgte. Alle ehemaligen Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), unabhängig vom ihrem Geburtsjahr, durften nicht an den Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone studieren (Bahro, 1947). Die Studienbewerber aus den Kreisen der Arbeiter- und Bauernschaft wurden bei fachlicher und charakterlicher Eignung so lange bevorzugt zum Studium zugelassen, bis ein angeblich gerechter sozialer Ausgleich in der Zusammensetzung der Studentenschaft erfolgt war. Erlittenes Unrecht der Vergangenheit sollte demnach durch bevorzugte Zulassung bei fachlicher Eignung ehemals politisch oder rassisch Verfolgter wiedergutmacht werden (ADN, 1947).

“Am 8. Januar 1946 wurde an Stelle der früheren Friedrich-Wilhelms-Universität durch die russische Besatzungsmacht die “Universität Berlin” eröffnet. Sie sollte keine Fortsetzung der alten Universität sein, sondern eine Neugründung (Lerche, 1967).

Die Eröffnungsveranstaltung der Berliner Universität fand am 29. Januar 1946 im Metropol-Theater³ in Berlin statt. Dort wurde Professor Stroux zum Rektor gewählt (Claassen u. Gonnermann, 1965). “Zu diesem großen Festakt im ehemaligen Admiralspalast hatte man aus Jena und Halle die erreichbaren Talare herangeholt, da die Roben der Berliner Professoren verlorengegangen waren. Jeder verpaßte sich eine Robe, und so kam es, daß ein sehr bunter Haufen von Professoren auf der Bühne des Theaters Einzug hielt; denn eine Trennung der Talare und Barette nach Fakultäten war nicht möglich gewesen” (Lerche, 1967).

Am 26. Februar 1949 fand im Deutschen Theater in Berlin die Übergabe des Rektorats der Universität statt. Nach feierlichem Einzug des Lehrkörpers begrüßte der scheidende Rektor, seine Magnifizenz, Prof. Dr. Dersch, die Vertreter der anwesenden Behörden und verlas die Urkunde des Präsidenten Wandel von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, nach der die Berliner Universität nunmehr den Namen "Humboldt-Universität zu Berlin" führt. Nach Erstattung seines Tätigkeitsberichts investitierte er den neuen Rektor, Prof. Dr. Walter Friedrich, der für seine Antrittsrede das Thema " Biophysik und Medizin " wählte (Borchert, 1948).

Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone erließ ein vorläufiges Statut für die Hochschulen und Universitäten in dieser Besatzungszone, das am 23. Dezember 1946 in Kraft trat. Darin wurde u. a. festgelegt, daß die Studentenschaft der Universität das Recht und die Pflicht hat, an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule mitzuarbeiten. (...) Der Studentenrat ist die allgemeine Vertretung der Studentenschaft der Universität (Hochschule) (Anonym 1, 1947).

Die erste ordentliche Sitzung des Studentenrates der Berliner Universität wurde Ende Februar 1947 mit ehrenden Worten des Gedenkens für die antifaschistischen Widerstandskämpfer Sophie und Hans Scholl eröffnet. Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet, die der Sowjetischen Militäradministration (SMA) Karlshorst zugeleitet wurde.

Der Studentenrat sah eine seiner wesentlichen Aufgaben in der Förderung engster Verbundenheit der Studenten aller Zonen mit dem Endziel einer gesamtdeutschen Studentenvertretung. Er bekannte sich somit zur Idee eines einheitlichen Deutschlands und zur Unabhängigkeit von Parteienpolitik. In seiner Arbeit wollte er sich nur von den Interessen der Studentenschaft leiten lassen (Studentenrat der Universität Berlin, 1947).

³ Dieses Gebäude in der Friedrichstraße (vormals Admiralspalast) wurde von 1945 - 1955 als Staatsoper genutzt, danach als “Metropoltheater”.

An der Berliner Universität umfaßte der Studentenrat 28 Mitglieder. Ihnen standen insgesamt 54 Mitglieder der einzelnen Fakultätsräte gegenüber. Wenn über studentische Angelegenheiten verhandelt wurde, erhielt ein Vertreter des Studentenrates Sitz und Stimme im Senat. Auf der gleichen Linie lag die Teilnahme an den Zulassungsbesprechungen und Prüfungen zum Studium. Zu den Aufgaben des Studentenrates gehörten weiterhin die soziale Betreuung der Studenten einschließlich Stipendienfragen (Strodt, 1947).

Der erste Rechenschaftsbericht über die Neuwahl des Berliner Studentenrates gab eine hohe Wahlbeteiligung wieder. Danach seien Vorbereitung und auch Durchführung der Wahl am 11. Dezember 1947 in jeder Hinsicht geordnet, ruhig und auch einwandfrei verlaufen. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag bei 74%. Einen Ausnahmefall bildete das Rekordergebnis von 99% Wahlbeteiligung bei den Fakultätswahlen der Mitarbeiter der veterinärmedizinischen Kliniken⁴ (Anonym 1, 1948).

Für die Studentenratswahlen im Wintersemester 1947/48 konnte dann eine Wahlbeteiligung der Veterinärmedizinischen Fakultät in Berlin mit 76,7% konstatiert werden (Böhme, 1948).

Der 1. Studentenkongreß der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Frühjahr 1947 in Berlin verfaßte eine Resolution. Hierin bekannnten sich die Delegierten der sowjetischen Zone und die Gastdelegierten der drei anderen Zonen zu einem einheitlichen demokratischen Staatswesen und wandten sich entschieden gegen eine dauernde Zerreißung ihres Vaterlandes in Zonen oder einzelne Länder (Anonym 4, 1947).

Am 18. und 19. März 1947 hielten die Volksbildungsminister der Länder und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone eine Arbeitstagung ab. Sie begrüßten insbesondere das Vorgehen zur Vergrößerung des Anteils der Studierenden aus Kreisen der Werktätigen. Als wahre Volksuniversität verpflichteten sie sich, eine demokratische Geisteshaltung unter allen Angehörigen zu pflegen. Namentlich bei der Zusammensetzung des Lehrkörpers und der Studentenschaft trugen sie Sorge dafür, daß alle Vorrechte des Standes und Besitzes ausgeschaltet bleiben. Der Neugestaltung der Promotionsordnung wurde zugestimmt (Anonym 2, 1947).

Folgendes Zitat zeigt die besondere Situation der Studenten in der Zonenstadt Berlin: "Der nach Berlin zugezogene Student bekommt seine Aufenthaltsgenehmigung nicht für das ganze Semester, sondern nur für ein Vierteljahr. Es wäre auch viel zu einfach, diese gegen Vorlage des Studentenausweises zu verlängern. Die zuständige Stelle sagt sich ganz richtig: Wozu hat schließlich der Student seine freie Zeit? Er würde doch nur in dem kalten Zimmer sitzen und frieren. Sie macht ihm also die Freude, sich warm laufen zu dürfen, um ein halbes Dutzend Bescheinigungen für einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung zu sammeln. Fein säuberlich wird dann der Antrag aufgenommen und nach fünf oder mehr Tagen

⁴Bezeichnung "Mitarbeiter der veterinärmedizinischen Kliniken" der Originalquelle so entnommen

genehmigt! Nanu, warum nicht abgelehnt? Laut Anordnung der Alliierten Kommandatur, Sitzung Nr. 36, darf keine Ablehnung ausgesprochen werden. Ohne Antrag, Bescheinigungen, Formulare und endloses Schlangestehen geht es aber trotzdem nicht. Sonst wüßte der Student eben am Ende nichts mehr mit seiner Freizeit anzufangen" (Radandt, 1947).

Über die Ernährungssorgen der damaligen Berliner Studenten war vom Küchenmeister der Universität Berlin folgendes zu erfahren: "Wir leben von der Hand in den Mund, aber auf der Hand liegt nicht viel" (Anonym 3, 1947). Das Universitätsgut in Groß Kreutz (südöstlich von Berlin) konnte für die Studenten keine zusätzlichen Lebensmittel liefern (Anonym 3, 1947).

Ab 1. Oktober 1947 erhielten die Studenten der Berliner Universität je 2,5 kg Roggenmehl als zusätzliche Verpflegung neben der üblichen (darüber keine Details aus Quelle zu rekonstruieren) Zusatzverpflegung (Anonym 5, 1947).

Zur Lage sogenannter minderbemittelter Studenten (sie wurden jeweils mit entsprechenden Stipendien bzw. mit dem Erlaß der Studiengebühr unterstützt) im Ostsektor Berlins wurden folgende Zahlen erfaßt:

Zahl der Studierenden im Sommersemester 1947:	4.500
Zahl der Stipendien plus Gebührenerlaß:	1.215
Zahl der Gebührenerlasse:	315
Zahl der abgelehnten Stipendienanträge:	107
Gründe:	
a) Naziparteizugehörigkeit:	55
b) zu hohes Einkommen der Eltern ⁵ :	52

(Hagemann, 1947)

Die Studenten der Betriebsgruppe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (SED) der Berliner Universität schlugen den Kommilitonen der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Liberal Demokratischen Partei (LDP) vor, sich in einem "Demokratischen Block an der Universität" zu vereinigen. Die Erkenntnis aller Beteiligten, daß ohne fortschrittliche Aktivität der Aufbau der Universität nicht mit Erfolg vorangetrieben werden kann, bildete die Grundlage der Gespräche. Am 23. September 1948 konstituierte sich nun der "Demokratische Block" und erweiterte seine Basis, indem er die Gewerkschaftsgruppe, die stärkste studentische Organisation aufnahm. Der Block wollte keine Organisation sein, sondern lediglich der Zusammenschluß der drei demokratischen Parteien und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) (Anonym 3, 1948).

⁵eine exakte Kennzeichnung der genauen Grenze des "zu hohen Einkommens der Eltern" wurde in der Quelle nicht festgehalten

Er nahm sich vor, seine Grundsätze und Ziele unter Zurückstellung aller persönlichen Meinungsverschiedenheiten zusammen mit allen fortschrittlichen Studenten und Professoren zu verfolgen. Alle Kräfte für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einzusetzen, sah der Block als seine erste Aufgabe an. Der Block wollte den Studentenrat nicht ersetzen, da der Studentenrat eine Verwaltung, der Block hingegen ein politisches Instrument war. Hierbei liegt die Vermutung nahe, daß es sich um erste politisch infiltrative Bemühungen der SED handelte. Die CDU begrüßte in ihrer dazugehörigen Stellungnahme besonders, daß weder Herkunft oder Rasse, weder Konfession noch Vermögen oder politische Überzeugung den Ausschlag für die Zulassung zum Studium geben sollte, sondern einzig und allein die persönliche Qualifikation des Bewerbers entschied (Anonym 3, 1948).

Fast 7.000 Studenten waren im Wintersemester 1948/49 an der Berliner Universität immatrikuliert, wobei die ursprüngliche Zulassungsquote von 700 auf 1000 erhöht wurde. 200 Studenten der Neuzugelassenen stammten aus Arbeiter- und Bauernkreisen. Damit war der Gesamtanteil dieser Studenten auf 17,4% gestiegen (Anonym 4, 1948).

In der vorläufigen Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 23. Mai 1949 wurde in § 2 die Rechtsstellung folgendermaßen festgelegt: "(...) Die Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen unterstehen in ihrer gesamten Lehr- und Forschungstätigkeit der obersten Dienstaufsicht der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Unmittelbare Aufsichtsbehörde ist das Volksbildungsministerium des Landes (...)" (Vorläufige Arbeitsordnung d. Universitäten u. HS d. SBZ, 1949).

Rund 4.000 von den 7.000 an der Humboldt-Universität zu Berlin immatrikulierten Studenten wohnten in den Westsektoren Berlins. Der Westmagistrat mußte danach diesen Studenten ihre Ostmarkeneinnahmen, Stipendien oder Beihilfen der Eltern in Westmark umtauschen, um ihnen das Fortsetzen ihres Studium im Ostsektor zu ermöglichen.

Am 8. Juni 1949 hing an den Schwarzen Brettern der Humboldt-Universität ein Anschlag: "Betrifft Umtausch von Ostmark in Westmark". Der Anschlag enthielt eine Vereinbarung des Studentenrates der Universität mit den Verantwortlichen der Westbehörden. Die Hauptbestimmungen lauteten u.a.:

"(...) Der Umtausch beginnt am 9. Juni 1949 für folgende Studierende: a) Theologie, Veterinärmedizin (...) Voraussetzung für den Umtausch ist in allen Fällen, daß der Unterhaltspflichtige des Studenten in der Ostzone, der Student selbst in den Westsektoren wohnt und hier seine Lebensmittelkarten bezieht" (Anonym 1, 1949).

Die Volksbildungspolitik der DDR wurde in der Verfassung unter Punkt 4 "Erziehung und Bildung" definiert. So hieß es im Artikel 34: "(...) Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei (...)". Der Artikel 35 beinhaltete: "(...) Jeder Bürger hat das gleiche Recht auf Bildung und auf freie Wahl seines Berufes. Die Bildung der Jugend sowie die geistige und fachliche Weiterbildung der Bürger werden auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durch öffentliche Einrichtungen gesichert (...)" (Verfassung d. DDR, 1949).

Ganz im Gegensatz dazu ist folgende Hochschulneugigkeit einzuordnen: "Die Gesamtzahl der Stipendienempfänger, bisher 30 % der Studenten, soll im Wintersemester 1949/50 auf 20 % herabgesetzt werden. Die Höhe der Zahlungen wird von der Höchstgrenze des Sommersemesters 1949, 125 DM, auf 75 DM herabgesetzt werden. Diese Regelung tritt rückwirkend ab 1. Juli 1949 in Kraft. Die generelle Kürzung der Stipendien um 40% erfolgt ebenfalls rückwirkend. Wurden im Sommersemester 1949 von 250 Neuanträgen für Stipendien nur 30 genehmigt, so werden in Zukunft überhaupt keine Neuanträge mehr bearbeitet werden" (Anonym 2, 1949).

Der Ministerrat der DDR hatte in seiner Sitzung am 19. Januar 1950 die neue Stipendienregelung, die für das gesamte Gebiet der DDR verbindlich sein sollte, beschlossen. Es wurde festgelegt, 31,6 Millionen DM auszugeben.

Stipendienempfänger waren:

- Arbeiter, Bauern und deren Kinder,
- Kinder von verdienten Lehrern und Ärzten des Volkes,
- Kinder von Nationalpreisträgern sowie
- sonstige Studierende mit besonderen fachlichen und gesellschaftlichen Leistungen⁶.

Gute fachliche Leistungen, besonders beachtliche gesellschaftliche Tätigkeit sowohl vor, als auch während des Studiums und soziale Bedürftigkeit stellten die Voraussetzungen dafür dar (Halle, 1950).

Am 2. Februar 1950 beschloß der Ministerrat der DDR eine Verordnung über die Sozialpflichtversicherung der Studenten, Hoch- und Fachschüler. Die Sozialpflichtversicherung belief sich auf 6,- DM je Monat. Grundsätzlich beitragsfrei waren alle Vollstipendiaten (Christiansen, 1950).

⁶Über die tatsächliche Verfahrensweise kann keine Angabe gemacht werden.

Auf dem 3. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1950 äußerte Walter Ulbricht (war später, 1960 bis 1973, Staatsratsvorsitzender der DDR) u.a.: "(...) daß der Unterricht planmäßiger und kontrollierter erfolgen müßte; in den ersten Semestern Zwischenprüfungen notwendig seien; Studenten, die die Zwischenprüfung nicht bestehen, von den Universitäten und Hochschulen verwiesen werden sollten; für Arbeiter- und Bauernstudenten besondere Richtlinien gelten. Er forderte: Schaffung fester Lehrpläne, Bildung von Studiengruppen und Studienkontrolle seitens der Lehrer und Assistenten; Studenten sollten die Möglichkeit auch zu praktischen Studien erhalten - dies sei nur möglich bei einer zehnmonatigen Studienzzeit im Jahr. (...) es sei notwendig Professoren, die nicht "unsere" Weltanschauung teilen, die notwendige Achtung entgegenzubringen. Die Vermittlung ihres Fachwissens an der Universität oder Hochschule kann nicht verbunden werden mit Bedingungen in bezug auf ihre Weltanschauung oder ihre Stellung zu dieser oder jener Massenorganisation.(...) Es darf nicht zugelassen werden, daß alten Professoren, die loyal an den Hochschulen arbeiten, mit Tatenlosigkeit und Grobheiten begegnet wird. Das reiche Wissen der bürgerlichen Professoren muß ausgenutzt werden, um sich hartnäckig die wissenschaftlichen Kenntnisse anzueignen" (Ulbricht, 1950). Eindeutiger ist der chinesische Spruch zu verstehen: 'Es ist egal, ob die Katze schwarz ist oder weiß - Hauptsache sie frißt Mäuse.'

3.2.5 *Die Veterinärmedizinische Fakultät bis 1950*

Allmählich normalisierte sich das Fakultätsleben. Schon im Winter 1945/46 konnten die ersten Vorlesungen an der Veterinärmedizinischen Fakultät aufgenommen werden und seit dem Sommersemester 1946 liefen sie wieder planmäßig. Die vakanten Professuren wurden vertretungsweise, insbesondere unter außergewöhnlicher Inanspruchnahme der Professoren Dobberstein und Lerche, wahrgenommen (Claassen u. Gonnermann, 1965). Besonderes Augenmerk wurde bei der Ämtervergabe von Seiten der Besatzungsmacht auf die politische Eignung der Professoren gelegt. Ein Zeitzeuge beschrieb dies folgendermaßen: "Vor der Schaffung der Universität wurden die Professoren, die in ihr Amt eingesetzt werden sollten, einer "Prüfung" durch einen beauftragten Russen unterzogen. Er erkundigte sich nach früherer politischer Betätigung und welcher Partei man jetzt beizutreten gedenke. Auch nach dem Fachgebiet wurde gefragt. (...) Von der Veterinärmedizinischen Fakultät wurden die Professoren Neumann-Kleinpaul, Dobberstein und Lerche der Prüfung unterzogen" (Lerche, 1967).

Am 14. Januar 1946 gab Professor Dobberstein bekannt, daß die Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Berlin am 20. Januar 1946 ihre Tätigkeit wieder aufnimmt. Es fanden allgemeine einführende Vorlesungen für die Studierenden aller Fakultäten u.a. über Politik, Nationalökonomie, Staatsbürgerkunde statt. Vom 20. Januar 1946 an wurden wieder Prüfungen zum Staatsexamen sowie Promotionen durchgeführt (Claassen u. Gonnermann, 1965).

“Die Studierenden der Fakultät setzten sich hauptsächlich aus Kriegsteilnehmern zusammen. Die Heimkehrer, die schon etwas studiert hatten, nahmen wir in die entsprechenden Semester auf. Die Studienanwärter mußten durch eine Prüfung besonders zugelassen werden. Diese Prüfung wurde anfangs von Professor Neumann-Kleinpaul und mir vorgenommen; in späteren Semestern aber bestimmte der Russe die Zahl der Aufzunehmenden und außerdem prüfte ein Mitglied der kommunistischen Partei mit” (Lerche, 1967).

Viele Absolventen, die an der am 20. Mai 1946 eröffneten Vorstudienanstalt, der späteren Arbeiter- und Bauern- Fakultät, die Hochschulreife erhielten, studierten in der Folgezeit an der Veterinärmedizinischen Fakultät (Claassen u. Gonnermann, 1965).

Die ersten Studierenden der Veterinärmedizin wurden im Sommer 1946 von sieben Professoren, einem Dozenten und einem Apotheker betreut (Claassen u. Gonnermann, 1965). Zuerst nahmen Prof. J. Dobberstein (Pathologie) und Prof. M. Lerche (Lebensmittelhygiene) die Tätigkeit wieder auf. Dazu kamen Prof. K. Neumann-Kleinpaul (Innere Veterinärmedizin), Prof. E. Silbersiepe (Chirurgie) und Prof. F. Müssemeier (Veterinärpolizei). Nach Neuberufung wurde das Kollegium allmählich durch K. Ulrich (Kleintierpoliklinik) 1946, P. Koch (Tierzucht) 1947, A. Borchert (Parasitologie) 1948, H. Chomse (Chemie) 1948, H. Tillmann (Geburtshilfe) 1948 und H. Ruthe (Orthopädie und Hufkrankheiten) 1949 und H. Hartwig (Mikrobiologie und Hygiene) 1950 ergänzt (Fröhner, 1950).

Zu Beginn des Wintersemesters 1946 waren bereits 109 Studenten an der Veterinärmedizinischen Fakultät immatrikuliert, unter ihnen 54 Studentinnen (Claassen u. Gonnermann, 1965). Zum 3. Mai 1946 wurde die Hörschaft für Veterinärmedizin an der Berliner Universität mit 168 Studenten angegeben (ZSTA; R2, 1045).

Neben der neubegonnenen Lehrtätigkeit oblagen der Veterinärmedizinischen Fakultät auch umfangreiche Aufgaben zur Weiterbildung der praktischen Tierärzte. Zur Fortbildung aller Tierärzte wurden 1946 auf ihrem Gelände dreitägige Lehr- und Fortbildungskurse mit praktischen Übungen durchgeführt. Sie waren stark besucht und mit außerordentlichem Beifall begrüßt worden (Giese, 1946).

Von 1946 bis 1950 fanden insgesamt 29 Lehrgänge für Kreistierartzkandidaten, Schlachthoftierärzte, Geflügelfachtierärzte, Praktiker sowie für Spezialisten der Kleintier- und Aufzuchtkrankheiten statt. An ihnen nahmen 1.360 Tierärzte teil (Classen u. Gonnermann, 1965).

Auch für die Fortführung wissenschaftlicher Arbeit liefen erste Vorbereitungen. Unter Mitwirkung von Prof. Dobberstein erschien 1946 das erste Heft der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift "Monatshefte für Veterinärmedizin". In einleitenden Worten führte er an: "Die deutschen Tierärzte werden sich aber bald vor große, vordringliche und zum Teil völlig neue Aufgaben gestellt sehen, bei deren Lösung wir unter keinen Umständen versagen dürfen. Die Monatshefte für Veterinärmedizin wollen sich bewußt in den Dienst dieser Aufgaben stellen und den Wiederaufbau der deutschen Veterinärmedizin vorantreiben. Veterinärmedizinische Forschung und Praxis sollen in den Monatsheften wieder frei und ungestört zu Worte kommen. Die Monatshefte für Veterinärmedizin sollen vor der Welt Zeugnis dafür ablegen, daß die veterinärmedizinische Forschung in Deutschland ihre Arbeit wieder aufgenommen hat und gewillt ist, zu ihrem Teil mitzuarbeiten an den großen Aufgaben unserer Zeit" (Schriftleitung Mh. Vet.-Med., 1946).

Wissenschaftliche Vortragsabende an der Veterinärmedizinischen Fakultät schufen die Möglichkeit für einen regelmäßigen fachlichen Erfahrungsaustausch. Diese boten den Tierärzten Berlins und seiner näheren Umgebung Gelegenheit zu einer wissenschaftlichen Aussprache und zur Fortbildung. Die Vortragsabende fanden regelmäßig am ersten Montag jeden Monats statt und waren vorläufig als Ersatz für die Berliner Tierärztliche Gesellschaft gedacht. Deren Wiederzulassung war zu dieser Zeit noch nicht möglich (Anonym 3, 1946).

Auf dem ersten Vortragsabend, am 4. November 1946, begrüßte Prof. Dobberstein als Dekan der Fakultät die erschienenen Tierärzte. Unter ihnen befanden sich auch Vertreter der sowjetischen Militäradministration. Prof. Dobberstein sprach die Hoffnung aus, daß die Vortragsabende auch ihren Teil dazu beitragen mögen, den Gedankenaustausch unter den Tierärzten Berlins wieder in Gang zu bringen. Im Anschluß daran sprach Herr Dr. Giese, Leiter der Hauptabteilung Veterinärwesen bei der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, über den Stand der Tierseuchen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. In einem zweiten Vortrag behandelte Prof. Neumann-Kleinpaul "Die Blutkörperchensenkung bei moribunden Pferden". Der Vortragende berichtete über Arbeiten aus seiner Klinik, die er zusammen mit seinen Kollegen Bürger, Weyers und Schützler angefertigt hatte (Die Mitarbeit Schützlers ist trotz seiner damals aktuellen Kriegsgefangenschaft in der Quelle aufgeführt. vgl., Anonym 4, 1946).

Die Lehrschieme der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Berlin erhielt wieder die Genehmigung zur Ausbildung und Prüfungsabnahme für Beschlagsschmiede. "Der erste Lehrgang hat am 1. Juli 1946 begonnen. Die Dauer der Lehrgänge beträgt vier Monate. Die Kosten für den Lehrgang belaufen sich auf 50,- RM; wozu noch die Prüfungsgebühren in Höhe von 15,- bis 20,- RM kommen. (...) Die Lehrgangsteilnehmer können in beschränktem Umfang auf dem Fakultätsgelände Wohnung und Unterkunft erhalten" (Anonym 1, 1946).

Als Nachfolger von Prof. W. Hinz wurde Prof. K. Ullrich als Leiter der Klinik für kleine Haustiere berufen. Am 15. Januar 1947 hielt Prof. Ullrich vor Professoren und Studierenden der Fakultät sowie einem großen Kreis geladener Gäste seine Antrittsvorlesung über "Probleme in der Pathologie und Therapie der kleinen Haustiere" (Anonym 3, 1946).

An der Veterinärmedizinischen Fakultät Berlin wurde ein Lehrstuhl für das Gebiet der Veterinärpolizei errichtet, zu dessen Leiter Professor Dr. Friedrich Müssemeier berufen wurde. "Damit ist erstmalig die Veterinärpolizei in Deutschland mit einem Ordinariat vertreten. Die Aufgaben der Veterinärpolizei haben in den letzten Jahrzehnten an Umfang und Bedeutung ständig zugenommen. Es ist zu begrüßen, daß nunmehr eine eigene Forschungsstätte für dieses wichtige und vielseitige Gebiet der Veterinärmedizin geschaffen werden konnte, und daß es gelungen ist, in der Person von Prof. Müssemeier eine international anerkannte Kraft als Leiter des neuen Instituts zu gewinnen" (Anonym 6, 1947).

Am 6. Februar 1947 konnten an den Hochschulen und Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone die Studenten an den ersten demokratischen Wahlen zu einer allgemeinen Studentenvertretung nach dem Zusammenbruch teilnehmen. Die Veterinärmedizinische Fakultät nominierte 11 Kandidaten. Jeder Student besaß aktives und passives Wahlrecht.

Absolute Stimmenmehrheit erhielten:

- Für den Studentenrat: cand. med. vet. Gerriets, E.
 stud. med. vet. Bierbach⁷
- Für den Fakultätsrat: cand. med. vet. Krüger
 stud. med. vet. de Marées, Sabine
 stud. med. vet. Lübke, Horst

Mit 95 % Wahlbeteiligung stand die Veterinärmedizinische Fakultät an der Spitze der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Studenten- und Fakultätsrat nahm nach Bestätigung durch seine Magnifizenz Prof. Stroux am 19. Februar 1947 die Tätigkeit auf.

Seine Tätigkeit leitete der Fakultätsrat mit den Worten ein: "Die Studenten und Studentinnen der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Berlin entbieten den Kommilitonen und Kommilitoninnen der Veterinärmedizin an den Hochschulen und Universitäten Deutschlands ihren Gruß, verbunden mit dem Wunsch und der Hoffnung zu einer engen, fruchtbringenden Zusammenarbeit über die Schwierigkeiten der Zonengrenzen hinweg zum Wohle des tierärztlichen Berufes" (Gerriets, 1947).

⁷In Vollständigkeit sind die Vornamen nicht bekannt.

Am 11. Dezember 1947 fanden die Neuwahlen zur allgemeinen Studentenvertretung an der Universität Berlin statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 76 % wählte die Veterinärmedizinische Fakultät durch absolute Stimmenmehrheit folgende Kandidaten:

- in den Studentenrat: cand. med. vet. Huhn, stud. med. vet. Hellmann,
- in den Fakultätsrat: cand. med. vet. Ruth S. Neuling, stud. med. vet. Sigrid Apel, stud. med. vet. Lüpke und stud. med. vet. Starke (Gerriets, 1948).

Der neue Studentenrat der Universität setzte sich aus 30 Mitgliedern zusammen, von denen 21 parteilos, 3 Angehörige der CDU, 3 der SPD, 2 der SED und 1 Angehöriger der LDP waren (Gerriets, 1948).

Am 19. September 1947 vollendete der Direktor der Medizinischen Tierklinik der Berliner Fakultät, Professor Dr. Kurt Neumann-Kleinpaul, sein 65. Lebensjahr. Die Fakultät überreichte ihm aus diesem Anlaß eine Glückwunschkarte, in der sie ihm für sein verdienstvolles Wirken ihren Dank aussprach: "Durch seine unermüdliche Tatkraft und selbstlose Energie, mit der er sich nach dem Zusammenbruch sofort in den Dienst des Wiederaufbaus stellte, hat er allen jüngeren Angehörigen der Fakultät ein leuchtendes Beispiel wahrer Pflichterfüllung gegeben. Er hat zeitweise neben seiner sonstigen Tätigkeit noch mehrere Kliniken geleitet, und das alles unter den schwierigsten äußeren Umständen. Vielen Tierärzten, die nach dem Zusammenbruch bei ihm Rat und Hilfe suchten, hat er weitergeholfen und auch sonst seine Arbeitskraft in selbstloser Weise in den Dienst der tierärztlichen Sache gestellt. Daneben hat er noch die Zeit gefunden, die demnächst erscheinende Neuauflage der Gerichtlichen Tierheilkunde von Fröhner zu bearbeiten" (Anonym 8, 1947)⁸.

Am 31. Oktober 1947 übergab der Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät (ab Anfang Oktober 1947 übernahm Prof. Lerche die Geschäfte von Professor Dobberstein in diesem Amt) (Lerche, 1967) den Studierenden die neu eingerichteten Mensaräume mit den Worten: "Trotz der Ungunst der Zeit ist es gelungen, in den jetzt zur Fakultät gehörenden Räumen des ehemaligen Heeresveterinäruntersuchungsamtes eine Mensa einzurichten". Neben zwei größeren Speiseräumen, der Küche und den notwendigen Wirtschaftsräumen, waren noch ein Lesezimmer sowie ein Dienstzimmer für den Fakultätsrat vorhanden. Die Einrichtung gestattete es, 300 Studierende innerhalb von zwei Stunden zu verpflegen. Spektabilität Lerche brachte in seiner Ansprache zum Ausdruck, daß die neu eingerichtete Mensa den Studierenden nicht nur zur Einnahme der Mahlzeiten Gelegenheit geben soll, sie sollte auch darüber hinaus dem geselligen Verkehr der Studenten untereinander und mit den anderen Angehörigen der Fakultät dienen. In seiner Erwiderung sprach der Vertreter des Fakultätsrates, cand. med. vet. Krüger,

⁸ In der Originalquelle war als Kürzel unter dem Artikel "D." zu finden. Eine mögliche Interpretation ist der Name Dobberstein.

allen, die an dem Zustandekommen des Werkes mitgewirkt haben, den Dank der Studentenschaft aus. Für die Verwaltung und wirtschaftliche Leitung der Mensa wurde ein Mensarats eingesetzt, der aus einem Mitglied des Professorenkollegiums, einem Verwaltungsbeamten und zwei Mitgliedern der Studentenschaft bestand (Anonym 5, 1948) (Abb. 5).

“Wir hatten zu den Studenten und ihren Vertretern ein ausgezeichnetes Vertrauensverhältnis. Gegenseitig luden wir uns zu Besprechungen und geselligem Zusammensein ein. Bei einer solchen Gelegenheit übergab ich dem damaligen Vorsitzenden des Studentenausschusses die Fahne der alten Hochschule und erklärte ihm, daß unter dieser Fahne viele gute Tierärzte herangewachsen seien und daß sie damit auch die Verpflichtung übernahmen, sich zu bemühen, ebenfalls einmal tüchtige und leistungsfähige Tierärzte zu werden. (...) Die Universität beschlagnahmte diese Fahne, stellte aber später in Aussicht, die Fahne der Fakultät wieder zurückzugeben. Das ist jedoch nie geschehen” (Lerche, 1967)⁹.

Am 18. November 1946 wurde festgestellt, daß von den 187 Studenten der Veterinärmedizin in Berlin 128 männlich und 59 weiblich waren. Über den sozialen Charakter der Elternhäuser konnte erfaßt werden: 14 Arbeiter, 17 Bauern, 72 Angestellte, 9 Handwerker, 46 Intelligenz 29 mit sonstige (ZSTA; R2, 865).

Gleichzeitig mit sozialen Belangen standen politische Positionen im Vordergrund. Am 10. April 1946 konnte für die Mitarbeiter der Veterinärmedizinischen Fakultät folgende Parteizugehörigkeit festgehalten werden:

	CDU	LPD	SPD	KPD	partei- los	unbe- kannt	Summe
männlich	6	9	6	5	31	22	79
weiblich	-	2	1	-	8	-	11
gesamt	6	11	7	5	39	22	90

Die Zusammensetzung der Studentenschaft an der Veterinärmedizinischen Fakultät in Berlin stellte sich im Sommersemester 1946 folgendermaßen dar:

Sem.:	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	zus.
männl.	50	4	2	5	3	2	3	10	-	-	79
weibl.	8	1	1	-	-	1	-	-	-	-	11
ges.	58	5	3	5	3	3	3	10	-	-	90

(ZSTA; R2, 865)

⁹Nach Aussagen des Archivars der HU Herrn Schultze befand sich die Fakultätsfahne bis zur Wende im Archiv der HU. Sie wurde im Rahmen der 200 Jahrfeier der Veterinärmedizinischen Fakultät im Jahre 1990 dem neugewählten Dekan, Prof. Dr. Th. Hiepe, übergeben, persönliche telefonische Mitteilung vom 07.02. 2003. Prof. Hiepe gibt selbst 1992 als Übergabezeit in Korrektur an.

Sogenannte Belastungen aus der Zeit des Nationalsozialismus lagen bei 6 Studierenden als ehemaligen Offiziere und 105 als ehemalige Soldaten der Wehrmacht vor¹⁰. 17 der männlichen Fakultätsangehörigen waren keine Soldaten im Zweiten Weltkrieg gewesen.

Zum Wintersemester 1946/1947 wurden an der Berliner Universität für Tiermedizin 130 männliche und 54 weibliche Studenten neu immatrikuliert. Sie kamen zum Studium mit:

	männliche Studenten	weibliche Studenten
Abitur	106	50
Reifevermerk	23	2
mittlere Reife	-	-
Sonderprüfung	1	2

Von den zugelassenen Studenten ohne Abitur (Arbeiterstudenten) fingen 5 mit dem Veterinärmedizinstudium an (ZSTA; R2, 644).

Über das Elternhaus bzw. den Beruf des Vaters konnte unter den Veterinärmedizinstudenten der Berliner Fakultät im Wintersemester 1946/1947 erfaßt werden:

Studenten	Eltern						
	Arbeiter	Bauer	Ange- stellter	Beamter	Freier Beruf	Akade- miker	Nicht Aka- demiker
männliche	7	11	7	38	67	37	93
weibliche	2	-	2	14	31	20	34

Unter den Studenten stellte sich die Parteizugehörigkeit wie folgt dar:

Studenten	SED	SPD	LPD	CDU	ohne	FDGB
männliche	7	8	3	1	107	4
weibliche	2	-	2	-	48	2

Die Universitätsstatistik der Berliner Universität vom Oktober 1947 (Wintersemester 1947/48) sagt aus, daß insgesamt 188 Studenten neu für das Fach Veterinärmedizin immatrikuliert wurden, wovon 138 männlich und 50 weiblich waren (ZSTA; R2, 644).

¹⁰Angaben wurden Immatrikulationsunterlagen entnommen, d.h. auch diese Personen studierten

Am 29. November 1948 tagte die Hauptabteilung "Veterinärwesens" des Volksbildungsministeriums und formulierte bei der Besprechung über die "Neuordnung des Veterinärwesens" unter Punkt 7: "Erhöhung der Zahl der Studierenden bei den Veterinärfakultäten der Universitäten Berlin und Leipzig (entsprechend dem Schreiben der Sowjetischen Militäradministration)". Für Berlin wird die Neuzulassung von mindestens 100 Studenten vorgeschlagen. Eine sorgfältige Auswahl aus der Zahl der Neuzulassungen nach dem "gültigen System" hätte stattzufinden. Für die Studienbewerber, die infolge der Beschränkungen der Zahl noch nicht zum Studium zugelassen werden könnten, müßten zweckmäßig Gelegenheiten vor allem zu praktischer Tätigkeit in der Land- und Viehwirtschaft geschaffen werden, da erfahrungsgemäß die Bewerber selten aus der Land- und Viehwirtschaft stammten. Bewerber, die diese Gelegenheit wahrnahmen, sollten bei der nächsten Zulassung zum Studium bevorzugt berücksichtigt werden.

Während ihrer Zusammenkunft am 31. Januar 1949 hielt die Hauptabteilung Veterinärwesen des Volksbildungsministeriums betreffend "Bestellungen für Tierärzte" in ihrem Protokoll fest: "In der Nachkriegszeit ist bei der Erteilung von Bestellungen für Tierärzte nach den Bestimmungen der Bestellungsordnung für Tierärzte vom 16. Februar 1938 sinngemäß verfahren worden. Nach § 81 hat sich der Veterinärkandidat nach vollständig bestandener tierärztlicher Prüfung 6 Monate lang bei einem Lehtierarzt zu betätigen und dies durch ein Zeugnis des Lehtierarztes nachzuweisen. Da nach dem Kriege unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse besonders Lehtierärzte nicht wieder bestimmt werden konnten, ist für die Erteilung der Bestellungen als Tierarzt der Nachweis der 6-monatigen Betätigung bei jedem beliebigen Tierarzt vorläufig als ausreichend anerkannt worden. Eine neue Berufsordnung für Tierärzte wird ausgearbeitet werden, sobald die dafür erforderliche Zeit zur Verfügung steht. Bis dahin werden dem Wunsche des Herrn Hoernle¹¹ entsprechend Veterinärpraktikanten, die ihre Bestellung beantragen, veranlaßt werden, die vorgelegte Bescheinigungen der Tierärzte über abgelegte Praxiszeiten durch die zuständigen Kreistierärzte bestätigen zu lassen" (ZSTA; DK1, 8309).

In dieser Zeit beunruhigten die Studenten und Mitarbeiter der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt Universität Ereignisse, deren Hintergrund nicht eindeutig aufgeklärt werden konnte. "Im November 1948 wurde versucht, das Veterinärmedizinische Institut¹² der Universität Berlin an mehreren Stellen in Brand zu setzen. Größerer Schaden konnte verhindert werden, weil das Feuer frühzeitig entdeckt wurde. Dieser infame Sabotageakt rief eine große Empörung unter den Studenten hervor. Man traf geeignete Maßnahmen, um dergleichen verbrecherischen Anschläge auf die Universität unmöglich zu machen" (Anonym 4, 1948).

¹¹erster Präsident der deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft

¹² Bezeichnung vom Originaltext übernommen, s. Quelle

Der damalige Dekan der Fakultät hält in seinen persönlichen Aufzeichnungen fest: "Eines Nachts wurde eingebrochen und ein Mikroskop sowie eine Rechenmaschine gestohlen. (...) erfuhren wir, daß es sich um einen Examenskandidaten unserer Fakultät handelte. (...) Vierzehn Tage nach dem Diebstahl brannte es im Institut, und zwar bevor der Dieb verhaftet werden konnte. (...) Ähnliches ereignete sich seinerzeit in der Parasitologie nach dem Einbruch" (Lerche, 1967).

Auf Anregung der Betriebsgruppe der SED der Veterinärmedizinischen Fakultät fand über die Aufgaben der Veterinärmedizin im ersten Zweijahrplan von 1949-1951 eine Besprechung mit Herrn Edwin Hoernle (vgl. Fußnote 11 vorherige Seite), Professoren, Assistenten und Studenten statt. Es wurden anfangs die Sorgen der Studenten angesprochen und Hoernle wurde gefragt, ob es stimmt, daß in Zukunft nur staatlich angestellte Tierärzte arbeiten dürfen und eine freie Praxis nicht mehr möglich sei und in welcher Form diese Regelung gedacht ist. Darauf wunderte sich der Präsident Hoernle über solche "Gerüchte" an der Fakultät und versicherte, daß in der Deutschen Wirtschaftskommission noch nicht ein einziges Mal über derartige Dinge gesprochen worden sei.

Hoernle äußerte sich zur Frage der Aufgaben für die Tierärzte im Zweijahrplan folgendermaßen: "Die tierärztliche Betreuung auf dem Lande muß vor allem verbessert werden. Es ist hierbei von der Struktur der Landwirtschaft auszugehen, die durch die Bodenreform verändert wurde. Die Familienwirtschaft ist jetzt sehr stark ausgeprägt und hat die private Gutswirtschaft abgelöst. In unserer Zone sind 6.000 Gutshöfe in 75.000 kleinere Wirtschaften aufgeteilt worden, von denen 76 - 80 % eine Bodenfläche bis zu 10 ha bearbeiten. Es werden infolgedessen also mehr und mehr Tierärzte gebraucht, die besonders auf die Eigenarten der Kleinbetriebe eingestellt sind und die es verstehen müssen, das Vertrauen der Bauernfamilien zu gewinnen. Drei Dinge sind notwendig: ausreichende Futterbasis durch intensiven Grünlandbau, züchterisch besseres Vieh, womit die Fett-, Fleisch-, Milch- und Wolleleistung erhöht wird und veterinärmedizinische Betreuung. (...) Einige von ihnen haben ja z.B. bei dem Kampf gegen die vom Westen eingeschleppte Maul- und Klauenseuche mitgewirkt. In 30 km Tiefe von der Zonengrenze an haben wir Schutzimpfungen vorgenommen und einen cordon sanitaire aufgerichtet. Sie sind sachverständig genug, um die großen organisatorischen Bedingungen einer solchen Arbeit gebührend einzuschätzen, wobei noch zu erwähnen ist, daß diese Seuche in bisher nie gekannten Formen auftrat".¹³

¹³Originalzitat, wobei der "Fachmann" Hoernle das "Einschleppen der MKS vom Westen" sicher eher politisch als veterinärmedizinisch diagnostiziert hat.

Zur Frage, "welche Maßnahmen sind in der Deutschen Wirtschaftskommission erwogen worden, um die Tierärzte besser geschult an ihre Berufsaufgaben zu führen"- wurde erwidert: "Erstens: Assistentenstellen müssen bei beamteten Tierärzten eingerichtet werden, in denen die jungen Tierärzte erst eine bestimmte Zeit unter der Leitung dieser erfahrenen Ärzte arbeiten werden. Zweitens: Außer den amtierenden Kreistierärzten werden noch Bezirkstierärzte¹⁴ eingesetzt, das sind freie Tierärzte, die verpflichtet werden, in einem Amtsbezirk bestimmte Aufgaben unter der Leitung des Kreistierarztes zu übernehmen. Drittens: Neben der Gruppe der approbierten Tierärzte wird eine Berufsgruppe der Veterinärgehilfen herangebildet, die die staatlich geprüften Helfer der Tierärzte sein werden. Man kann sie in ihrem Aufgabengebiet mit den Krankenschwestern der Humanmedizin vergleichen. Sie werden zwar keine ärztliche Funktion ausüben, wohl aber als Gehilfen der Ärzte in den neu zu schaffenden Tierkliniken und bei Kontrollen usw. tätig sein. Die Tierärzte sind heute so derart überlastet, daß sie sich nicht mehr mit kleineren technischen Dingen befassen können. In Zukunft wird es 800 bis 900 volkseigene Güter geben, auf denen ein solcher Helfer ständig zugegen sein muß. Das soll und kann von den akademische gebildeten Ärzten keineswegs als ein Eingriff in ihre Rechte betrachtet werden." Die Frage nach der Ausbildung für die Gehilfen wäre darüberhinaus zu klären. Hoernle führte in seinem Schlußwort aus, daß es für die Studierenden der Veterinärmedizin wichtig wäre, neben dem reinen Fachstudium sich mindestens mit dem Studium der allgemeinen Volkswirtschaft ein wenig zu befassen, um die Zusammenhänge zu verstehen. "Der junge akademische Nachwuchs ist in der letzten Zeit derart spezialisiert, daß er oft wie mit Scheuklappen durch die Welt läuft und nichts von ihr versteht" (Hoernle, 1949).

Mit einer besonderen Jubiläumsfeier wurde eine wichtige Persönlichkeit der Berliner Veterinärmedizinischen Fakultät gewürdigt. "Am 16. Februar 1948 vollendete der Veterinärhistoriker Dr. med. vet. Dr. phil. Dr. med. vet. h.c. Reinhard Froehner sein 80. Lebensjahr. Er war lange Jahre an der Veterinärmedizinischen Fakultät in Berlin tätig. Er studierte er von 1886 bis 1889 Tierheilkunde in Berlin. Nach erfolgter Approbation und mehrjähriger Tätigkeit als Assistent bei beamteten Tierärzten trat er 1892 als Kreistierarzt des Kreises Hühnefeld in den Staatsdienst, war als solcher von 1897 bis 1905 in Fulda, von 1905 bis 1906 in Halle a. d. Saale und von da bis 1933 in Groß-Strelitz in Oberschlesien tätig. 1905 promovierte er in Bern zum Dr. med. vet. und 1906 zum Dr. phil. in Leipzig. Er trat 1933 in den Ruhestand und setzt das seit dem Jahre 1920 in Angriff genommene Lebenswerk, die Erforschung der Geschichte der Tierheilkunde, mit größtem Eifer und hervorragendem Erfolge fort" (Müssemeier, 1948).

¹⁴später die leitenden Tierärzte der DDR auf Bezirksebene (dazu zählten zahlreiche Kreise mit den entsprechenden Kreistierärzten)

Im gleichen Jahr veränderte sich die personelle Situation an der Fakultät dahingehend, daß Prof. Dr. A. Borchert auf den Lehrstuhl für Parasitologie und angewandte veterinärmedizinische Zoologie in Berlin berufen wurde. Er hatte seine Tätigkeit am 1. Mai 1948 aufgenommen. Ordentlicher Professor für Chemie und Direktor des Institutes für Veterinärchemie wurde am 11. November 1948 Prof. Dr. H. Chomse. Der neuernannte Ordinarius für Veterinärmedizinische Chemie hielt vor dem Lehrkörper, den Studenten und geladenen Gästen seine Antrittsvorlesung (Anonym 5, 1949).

Neben der Lehrtätigkeit an der Veterinärmedizinischen Fakultät erfaßte eine Statistik (Schönwetter, 1948) das Gesamtbild der Tierärzteschaft zu dieser Zeit im Ostsektor Berlins wie folgt: Zur Zeit sind registriert 181 Tierärzte im gesamten Stadtgebiet von Berlin, davon im Russischen Sektor 40. Die Verteilung auf die einzelnen Verwaltungsbezirke des Russischen Sektors in Berlin ist folgende: "6 in Lichtenberg, 1 in Friedrichshain, 6 in Köpenick, 5 in Mitte, 7 in Pankow, 7 in Prenzlauer Berg, 5 in Treptow und 3 in Weißensee". Das Durchschnittsalter der Tierärzte beträgt 54 Jahre. Von den 181 Tierärzten üben 5 Professoren der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Berlin und 22 Assistenten an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Berlin keine Privatpraxis oder nur in ganz vereinzelten Fällen aus. Insgesamt sind es 87 Tierärzte¹⁵ Da demnach der größte Teil der Berliner Tierärzte keine kurative, sondern eine allgemein veterinärhygienische Aufgabe zu erfüllen hat, gehört das Hauptamt Veterinärwesen nicht zur Abteilung Ernährung des Magistrats, sondern zur Abteilung Gesundheitswesen (Schönwetter, 1948).

Zur Ökonomie (sogenannte Rückeinnahmen) fanden sich für die Jahre 1948 und 1949 folgende Angaben (Anonym 1, 1950):

Medizinische Tierklinik¹⁶:

Jahr	1948	1949
Verpflegungskosten (Futter)	29.973,50 DM	21.056,50 DM
Operationsgebühren	4.660,50 DM	1.957,50 DM
Poliklinik Gebühren	2.192,00 DM	624,00 DM
insgesamt	36.826,00 DM	23.638,00 DM

Hundeklinik:

Jahr	1948	1949
Verpflegungskosten (Futter)	14.510,00 DM	19.719,00 DM
Operationsgebühren	31.175,50 DM	27.372,25 DM
Poliklinik Gebühren	30.164,00 DM	63.754,00 DM
Tötung	3.801,50 DM	66,00 DM
insgesamt	79.651,00 DM	110.911,25 DM

¹⁵Genauere Angaben über die einzelnen Personen waren der Quelle nicht zu entnehmen.

¹⁶DM Einführung mit Wirkung vom 21.06.1948 in der BRD

3. 2. 6 *Politische Unruhen - Notgemeinschaft der Veterinärmediziner*

Bei den Studenten- und Fakultätsratswahlen im Februar 1950 gaben die Studenten der Veterinärmedizinischen Fakultät mit einer Wahlbeteiligung von 94,3% über 80% ungültige Stimmen ab (Schönherr, 1956). Darin war eine Bekundung freiheitlichen Willens und eine deutliche Ablehnung des SED- und FDJ-Regimes im Hochschulbereich zu sehen. Es folgten Verleumdungen, Bespitzelungen und Repressalien. Man stellte u.a. einen Plan auf, politisch unzuverlässige Berliner Studenten mit zuverlässigen der Veterinärmedizinischen Fakultät aus Leipzig auszutauschen (Schönherr, 1956). Es wurden neben dem für alle obligatorischen Studium der russischen Sprache und Literatur, umgehend politische Prüfungen über die Ziele der Nationalen Front, den Leninismus und Stalinismus, verbunden mit der Forderung einer Absage an den Freien Westen, eingeführt.

Von Semester zu Semester wurde systematisch die Zahl der SED- und FDJ- Studenten erhöht. Im WS 49/50 schleuste man mehrere Studenten der Gesellschaftswissenschaften in die Fakultät ein, um hier politische Agitation zu treiben (Schönherr, 1956). Die Einberufung einer Studentenversammlung am 30.11.1949 (nach Schönherr 1954 am 07.12.1949) mit dem nicht geladenen SED- Hochschulgruppenredner der Gesamtuniversität führte zur Eskalation. Der Fakultätsrat forderte alle fakultätsfremden Personen zum Verlassen der Versammlung auf. Darauf wurde die Studentenschaft der Veterinärmedizinischen Fakultät als "Ostlandritter" und "künftige imperialistische Landsknechte gegen die Sowjetunion" in der Presse bezeichnet, verbunden mit der Ankündigung, daß "diesen Elementen das Handwerk gelegt werden müsse" (Schönherr, 1956).

Die neue Wahlordnung des Volksbildungsministeriums war so gefaßt, daß in jedem Falle ein SED- höriger Studentenrat zustandekommen mußte. In einer pausenlosen 8-stündigen Wahlversammlung am 25.01.1950 an der Fakultät stellte sich endgültig heraus, daß nur das uneingeschränkte Bekenntnis zur Nationalen Front, zur Oder-Neiße-Linie und zur Freundschaft mit der Sowjetunion die Voraussetzung für eine Kandidatur bildeten. Die Veterinärmediziner leisteten in aller Offenheit heftigen Widerstand. Nach dem Verbot einer Protestversammlung durch den Rektor wurde eine von 150 Studenten unterzeichnete Resolution, die Abänderungsvorschläge zur Wahlordnung enthielt, an die Universitätsleitung übergeben. Dies alles führte zu weiteren Drohgebärden, die dann darin gipfelten, daß vom Volksbildungsministerium ein Ministerratsbeschluß vom 6. März 1950 zur "Deportierung" der Fakultät in einen weit abgelegenen Ort der Ostzone herbeigeführt wurde (Schönherr, 1956). Im März 1950 machten Gerüchte die Runde, die gesamte Fakultät solle von Berlin nach Greifswald verlegt werden (Tent, 1988). Dies scheiterte am erbitterten Widerstand der Fakultätsangehörigen (Kowalczyk, 1997).

“Jetzt ging es um die Bewahrung, um das Schicksal der Fakultät, der ältesten Hochschulinstitution Berlins mit einer 160-jährigen Tradition” (Schönherr, 1954). Mindestens in den gesamten fünfziger Jahren zählte die Fakultät zu den wichtigsten Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen auf dem Gebiet der Tiermedizin in Deutschland (Koch, 1965; Kowalczuk, 1997).

Aufgrund dieser Spannungen wurden von Veterinärmedizinern und Studenten der Veterinärmedizin der Humboldt-Universität inoffizielle Verhandlungen über die Fortsetzung des Studiums an der Freien Universität geführt (Hellmann, 1997). 1950 verließen veterinärmedizinische Studenten, Assistenten und ein Ordinarius die HU und gründeten die Notgemeinschaft der Veterinärmediziner in West-Berlin (Schützler, 1965). Anfangs war dies der Ausschuß der freiheitlichen Studenten der Veterinärmedizin an der Freien Universität, der später als Notgemeinschaft der Veterinärmediziner bezeichnet wurde.

Dieser schlossen sich später noch weitere Studenten und Assistenten der alten Fakultät an (Schönherr, 1954 und 1956).